

Fünf Thesen zu deutsch-französischen Wachstumsinitiativen

Prof. Dr. Johannes Becker (Universität Münster)

1. Wir brauchen ein starkes, einiges und erfolgreiches Europa.

Die Welt ist unsicherer geworden. Die Demokratie ist unter Druck, populistische Bewegungen gibt es in fast allen europäischen Ländern, autoritäre Regierungen sind nicht nur in Russland und der Türkei, sondern auch in der EU, in Ungarn und Polen, an der Macht. Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran verschärft sich und destabilisiert den gesamten Nahen Osten. Der Norden Afrikas ist instabil, viele Menschen sind auf der Flucht mit Ziel Europa. Die neue US-Regierung stellt den Freihandel in Frage – mittlerweile gilt sogar das immer noch autoritär geführte China als Hoffnungsträger für den freien Güterverkehr.

Diese Entwicklungen sind eine Herausforderung für Europa. Um seine Werte zu wahren, muss Europa stark und einig sein. Es muss erfolgreich sein, es muss ein Vorbild sein und den Menschen eine gute Heimat bieten. Dazu benötigen die europäischen Staaten ökonomische Stabilität und Wachstum und einen starken Sozialstaat.

Momentan leistet Europa dies alles nicht oder in nur unzureichendem Ausmaß. Doch der Kontinent hat die Kraft und die Ressourcen, dies zu ändern. Seit mehr als sechzig Jahren sind Deutschland und Frankreich die Schlüsselspieler in Europa. Es wird auch jetzt und in Zukunft auf diese beiden Länder ankommen, um Europas Rolle als Führungskraft in der Welt zu halten, zu festigen und zu stärken.

2. Die drängendste politische Aufgabe liegt darin, Wachstumshemmnisse aus dem Weg zu räumen.

Wachstum wird generiert von Unternehmen und ihren Angestellten und Arbeitern. Doch auch der Staat kann eine Menge tun, um Wachstum zu befördern. Er investiert in Bildung und Ausbildung, Grundlagenforschung und stellt Infrastruktur bereit. In all diesen Bereichen kann Europa besser werden.

Doch die drängendste politische Aufgabe ist aktuell der Abbau von Wachstumshemmnissen. Nach der Finanzkrise sind die Menschen und die Märkte verunsichert, die Banken sitzen auf faulen Krediten, die Staaten sind überschuldet. Die EZB injiziert immer noch riesige Mengen an Liquidität – täte sie dies nicht, könnte es schon bald die nächste Krise geben.

Deutschland und Frankreich müssen sich um diese Probleme zuerst kümmern. Werden sie nicht gelöst, wird jede Wachstumsinitiative im Bereich Forschung, Infrastruktur, Digitalisierung etc. ins Leere laufen – denn Investitionen in die Zukunft brauchen Vertrauen und Sicherheit.

3. Es gibt Koordinationsbedarf, aber nicht überall dort, wo er zurzeit vermutet wird. Nationale Angelegenheiten wie Arbeitsmärkte etc. sollten nationale Angelegenheiten bleiben.

Es gibt eine bedenkliche Tendenz der Europäischen Institutionen, nationale Politik übermäßig koordinieren zu wollen. Dabei bietet die EU mit ihrem Binnenmarkt ideale Bedingungen, um Politik in den Wettbewerb treten zu lassen. Steuer- und Finanzpolitik, Arbeits- und Sozialpolitik sind die Königsdisziplinen nationaler Politik, und sie werden – zu großen Teilen – noch lange in nationaler Verantwortung bleiben.

Unbestritten ist, dass es Spillovers gibt, aber ihr Ausmaß wird in der Debatte häufig übertrieben. Deutschland als Nation hat selbst das größte Interesse an einem funktionierenden Arbeitsmarkt, an gerechter, effizienter Besteuerung, an einem guten Sozialsystem. Hier wohnen die Betroffenen, hier werden die Entscheider gewählt. Und dies gilt für alle Mitgliedstaaten. Es gibt in jedem Land einen demokratischen Diskurs über die richtige Politik (und es gibt auch genügend ökonomische und technische Kompetenz) – und am Ende steht eine Lösung, die dadurch politisch legitimiert wird.

Interventionen aus Brüssel sind kontraproduktiv, weil sie diesen Diskurs stören und obendrein ineffektiv sind. Sie haben kaum reale Konsequenzen und geben der EU das Image eines neoliberalen Bürokratiemonsters (was sie nicht verdient hat).

Deutsch-französische Initiativen sollten sich also auf die Bereiche konzentrieren, in denen es starke Spillovers gibt, in denen Koordination tatsächlich notwendig und wünschenswert ist.

4. Eine Agenda für die kurze bis mittlere Frist: Stabilität und Vertrauen im Euroraum und in Europa.

Das zentrale Wachstumshemmnis in Europa ist der nach wie vor schlechte Zustand des Bankensystems. Die Finanzinstitute haben immer noch zu viele faule Kredite (*non-performing loans*) in den Büchern. Dies hemmt die Kreditvergabe und damit die Investitionen. Es gibt mittlerweile prinzipiell geeignete europäische Institutionen (*Single Supervisory Mechanism* und *Single Resolution Mechanism*), doch es fehlt an politischem Willen, diese Institutionen auch ihre Arbeit verrichten zu lassen (wie zuletzt beim Umgang mit *Monte dei Paschi* klar wurde). Hier können Frankreich und Deutschland gemeinsam viel bewirken.

Weiterhin belasten auch die Staatsfinanzen die Stabilität in Europa. Für ein krisenrobustes Europa braucht es solvente Staaten mit „tiefen Taschen“. Viele Mitgliedstaaten haben zu hohe Schulden, um dies leisten zu können – auch Frankreich und mit Abstrichen Deutschland. Der Stabilitätspakt und auch der Fiskalpakt müssen als gescheitert angesehen werden. Europas Staaten brauchen klare Anreize, verantwortlich zu haushalten, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, im Krisenfall kraftvoll gegenzusteuern. Ein Insolvenzregime für Staaten, verbunden mit Bankenregulierung, die das Halten von Staatsanleihen effektiv begrenzt, sind hier notwendig.

Schließlich müssen die Institutionen des europäischen Krisenmanagements weiter ausgebaut werden. Der Rettungsschirm muss größer werden, schneller einsetzbar sein und entpolitisiert werden. Es darf im Krisenfall nicht darauf ankommen, in welchem großen Mitgliedstaat gerade Wahlen abgehalten werden, ob die Hilfe kommt oder nicht.

5. Eine Agenda für die lange Frist: Von einer Union der Rent-Seeker zu einer Produktivitätsunion

Langfristig braucht Europa eine Neuausrichtung seines Business-Modells, d.h. eine Generalüberholung seiner Anreizstrukturen. Momentan leben einige Staaten an der Peripherie wie Irland und Zypern, aber auch Staaten im Zentrum wie Luxemburg, davon, Einkommen zu erwirtschaften, dass teilweise auf Kosten des Einkommens anderer Staaten geht. Der größte Vorteil der EU wird mancherorts darin gesehen, dass es Zugang zu europäischen Finanztöpfen gibt. Anders als erhofft, haben aber Transfers den europäischen Geist nicht gestärkt, sondern sogar konterkariert.

Dies gilt in gleicherweise für Unternehmen und Banken. Zu viele Wirtschaftszweige werden direkt oder indirekt subventioniert – ohne dass übergeordnete Ziele wie Umweltschutz o.ä. hier eine Legitimation bieten. Dies gilt insbesondere für den Bankensektor, der u.a. aufgrund impliziter Bailoutgarantien durch den Staat zu groß ist, zu kompliziert und intransparent. Dies bedeutet, dass zuviel Talent, Human- und Finanzkapital in Aktivitäten gebunden ist, die von geringem sozialen Wert sind.

Diese Art von Vorteilsnahme muss abgelöst werden von einem Wettbewerb um Produktivität und Qualität, sowohl auf staatlicher, als auch auf Unternehmensebene. Diese Umorientierung setzt langfristig produktive Ressource frei und führt zu Wachstum und mehr Wohlstand.

Dies alles geht nicht in abrupter Weise. Um das Wachstum in Europa zu fördern, braucht es einen langen Atem. Die Mitgliedstaaten brauchen robuste Sozialversicherungen und ein System effektiver Umverteilung von den individuellen Gewinnern zu den individuellen Verlierern des Strukturwandels.

Deutschland und Frankreich sollten dieses Ziel ins Auge fassen und bei allen scheinbar drängenden Problemen auf der Kurzfristagenda nicht aus dem Blick verlieren. Hier können beide Länder die Richtung vorgeben.